

Ohrfeige für "Kolonialinspektor" gilt auch den NGOs

Indonesien verzichtet auf die Entwicklungshilfe der ehemaligen Kolonialmacht Niederlande

Im März erhielt die Niederländische Regierung einen Brief aus Jakarta, in dem sie aufgefordert wurde, ihre staatliche Entwicklungshilfe sofort einzustellen und ihren Vorsitz im internationalen Geldgeberkonsortium IGGI niederzulegen. Begründung: Die Indonesische Regierung wehre sich entschieden dagegen, daß die ehemalige Kolonialmacht ihre finanzielle Unterstützung an politische Bedingungen knüpfe. Zugleich forderte die Suharto-Regierung die Weltbank auf, den Vorsitz für ein neues Konsortium zu übernehmen. Die "Consultative Group for Indonesia" (CGI) wurde am 16./17. Juli in Paris – begleitet von Protestaktionen – gegründet und gewährte Indonesien Kredite, die um 190 Mio Dollar höher lagen als im Vorjahr.

Holland benutze seine Entwicklungshilfe als Instrument der Einschüchterung, stand in dem Brief zu lesen, den Indonesiens Finanzminister Radius Prawiro am 24. März dem Niederländischen Premierminister Ruud Lubbers schickte. Entwicklungshilfe von der Einhaltung der Menschenrechte abhängig zu machen, zerstöre die Bemühungen der beiden Länder, eine Beziehung "auf dem Scherbenhaufen der äußerst schmerzlichen politischen Vergangenheit zu entwickeln, der Jahrhunderte unmenschlicher kolonialer Unterdrückung zugrundeliegen".

Wichtiger Auslöser für diesen Konflikt zwischen den Niederlanden und seiner ehemals bedeutendsten Kolonie war das Massaker von Dili/Ost-Timor 1991. Am 12. November waren Dutzende von Menschen kaltblütig ermordet und Hunderte verletzt worden, nachdem die Armee das Feuer auf einem Friedhof eröffnet hatte. Dort war man zur Beerdigung eines ebenfalls erschossenen Ost-Timorese zusammengekommen (vgl. SOAI 4/91 und 1/92). Dieser Vorfall löste scharfe internationale Kritik aus. Kanada, Dänemark und auch die Niederlande froren vorerst ihre Entwicklungshilfe ein.

Kolonialgeschichte – Geschichte der Einmischung

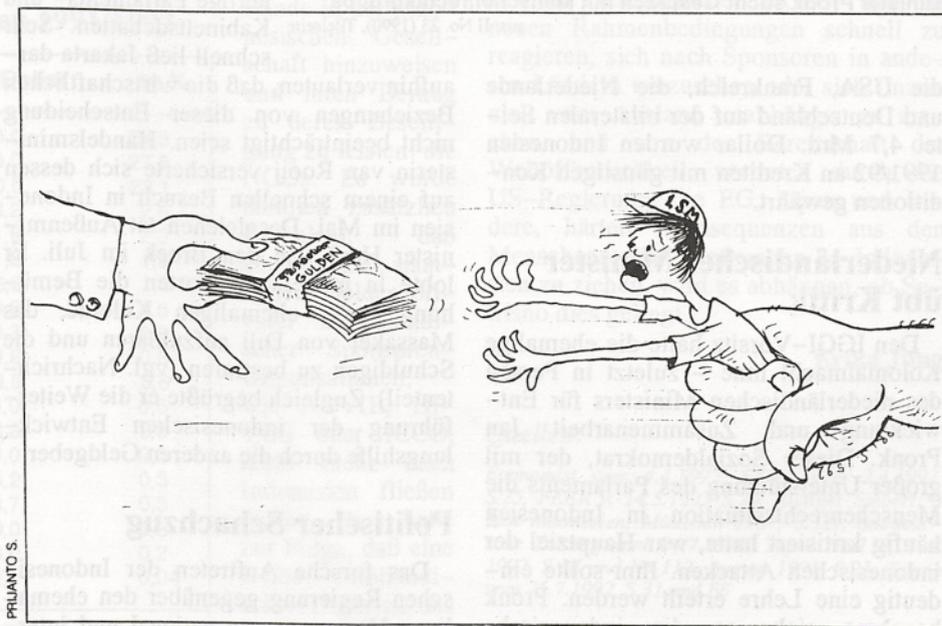
Dies konnte und wollte sich die Regierung in Jakarta nicht gefallen lassen. Denn auf der Bühne der Weltpolitik gibt sich Indonesien gerne als "Grande Nation", die sich mit Erfolg als Friedensstifterin betätigt – wie beim Kambodscha-Konflikt vor einem Jahr – und sich mit ihrem gewandten Außenminister Ali Alatas in internationalen Vereinigungen routiniert präsentiert. Im September weht über Jakarta erneut der "Geist von Bandung": Indonesien ist

wieder einmal Gastgeberland für die Konferenz der Blockfreien Staaten (vgl. Nachrichtenteil) und wird deshalb auch nicht müde, an seine eigene Rolle im ersten bedeutenden Zusammenschluß der unabhängigen Drittweltländer zu erinnern. Im westjavanischen Bandung hatte Präsident Sukarno 1955 Repräsentanten von 23 asiatischen und 6 afrikanischen Ländern, darunter Nasser, Nehru und Zhou Enlai empfangen und mit diesem im Schlußkommunique u.a. den "Verzicht auf Intervention oder Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes" gefordert.

Die nun "freien, souveränen und unabhängigen Nationen", wie Sukarno die versammelten ehemaligen Kolonien des Westens bezeichnete, legten Selbstbewußtsein an den Tag. "Einmischung" hatte man lange genug erlebt. In Indonesien 450 Jahre lang: durch die Portugiesen, durch kurze Gastspiele der Englän-

der, durch die japanische Besetzung im Zweiten Weltkrieg und nicht zuletzt durch 350 Jahre niederländischer Kolonialisierung. Dabei war es den Holländern erst Anfang dieses Jahrhunderts durch die Unterwerfung des Fürsten von Bali und das Zurückdrängen der Rebellion in Aceh (vgl. Bericht in diesem Heft) gelungen, sich das Inselreich komplett einzuverleiben. Der Höhepunkt der niederländischen Macht im niederländischen Indien markierte jedoch zugleich die Geburtsstunde nationalistischer Gefühle und Organisationen in Indonesien. Am 17.8.1945 wurde die Unabhängigkeit proklamiert. Doch die Holländer wollten ihr "Paradies" nicht verlorengelassen und kämpften – trotz der Schwächung durch den langen Krieg – weitere vier Jahre darum. Das Verhalten der Ex-Kolonialherren glich dem engstirniger Eltern, so sieht es Indonesien-Autor Rüdiger Siebert, die nicht einsehen können, daß ihre Kinder selbständig sind und nicht mehr bevormundet werden wollen.

Im Zuge seiner Selbständigkeit begann, das "Kind" selbst zu entscheiden, welche internationale Einmischung es als Bevormundung betrachtete und welche nicht. Sukarno setzte auf blockfreie Außenpolitik und das Spiel mit allen Großmächten. 1957 begann er mit der Verstaatlichung ausländischen Besitzes – zunächst mit holländischem. Seine an



NGOs müssen nun neue Wege suchen.

aus: TEMPO v. 9.5.92, S. 32

Washington gerichteten Worte "Go to hell with your aid" scheinen in den Geschehnissen dieses Jahres eine Art Nachspiel zu finden.

Unter Suharto erfolgte dann die Rückgabe der staatlichen Betriebe und die Verabschiedung eines Gesetzes zu Auslandsinvestitionen, das Steuererleichterungen, ungehinderten Kapitaltransfer und andere wirtschaftliche Anreize enthielt. Das Land war nun kreditwürdig, und die Dollar, Yen, die Deutsche Mark und die Gulden flossen in Strömen. 1966 wurde dann jene "Inter Governmental Group on Indonesia" (IGGI) gegründet, deren Auflösung Suharto im März dieses Jahres forderte. Die wichtigsten Mitglieder dieses Geldgeberkonsortiums waren die Weltbank, die Asiatische Entwicklungsbank sowie die UNDP auf der multilateralen und Japan,

spektor. Angespielt wird damit auf die regelmäßigen Besuche Pronks in Indonesien, bei denen er nicht nur im Vorfeld der jährlichen Konsortium-Treffen die IGGI-Projekte besichtigte, sondern zugleich die Gelegenheit wahrnahm, Menschenrechtsgruppen und andere Regimekritiker aufzusuchen. Dieses Jahr beugte man dem rechtzeitig vor: Kurz vor den Wahlen wollte man in Jakarta die Ansichten des Ministers nicht ein weiteres Mal ertragen.

Drei der von Pronk vorgetragene Kritikpunkte waren Suharto und seinen Ministern besonders aufgestoßen: Neben der Verurteilung des Massakers von Dili waren dies die Hinrichtung von langjährigen politischen Gefangenen und die Durchführung des von Den Haag mitfinanzierten Programms zur Familienplanung. 1989 ließ Pronk aufgrund eines

Berichts, der Zwangssterilisierungen anklagte, hier die weitere Unterstützung streichen. Auch dies traf einen empfindlichen Nerv des Präsidenten: Nur einige Tage zuvor hatte er für seine erfolgreiche Familienplanungspolitik einen internationalen Preis erhalten und damit dem gewünschten internationalen Image wieder mehr Glanz verliehen.

Der Brief aus Jakarta löste auch in Den Haag Betroffenheit aus. Pronk wurde angeklagt, die niederländischen Wirtschaftsinteressen in Indonesien zu schädigen und ohne Absprache mit den anderen Geldgebern zu handeln. Es folgten heftige Parlaments- und Kabinettsdebatten. Sehr schnell ließ Jakarta dar-

aufhin verlauten, daß die wirtschaftlichen Beziehungen von dieser Entscheidung nicht beeinträchtigt seien. Handelsministerin van Rooij versicherte sich dessen auf einem schnellen Besuch in Indonesien im Mai. Desgleichen tat Außenminister Hans van den Broek im Juli. Er lobte in moderaten Worten die Bemühungen der ehemaligen Kolonie, das Massaker von Dili aufzuklären und die Schuldigen zu bestrafen (vgl. Nachrichtenteil). Zugleich begrüßte er die Weiterführung der indonesischen Entwicklungshilfe durch die anderen Geldgeber.

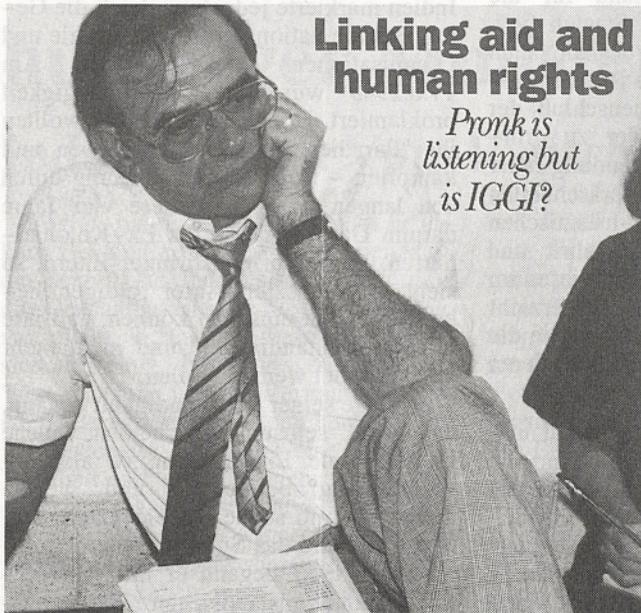
Politischer Schachzug

Das forsche Auftreten der indonesischen Regierung gegenüber den ehemaligen Herren erregte national und international großes Aufsehen. Wie konnte

ein Land, das im Ausland inzwischen mit 78 Mrd. Dollar in der Kreide steht und einen Schuldendienst von 30% der Exporteinnahmen hat, einen Geldgeber wieder einmal "zur Hölle schicken"? Es konnte! Das "Windmühlenland", wie die ehemalige Kolonialmacht gerne genannt wird, hatte zwar den IGGI Vorsitz geführt, sein Anteil an den von dem Konsortium gewährten Krediten lag 1991 jedoch nicht einmal bei 2%! Die Japaner als größter bilateraler Geldgeber waren hingegen mit knapp 28% dabei, die Weltbank als der wichtigste multilaterale Sponsor mit 34% und die Asiatische Entwicklungsbank mit 23%. Und in Japan war man auch schnell bei der Hand, Indonesien Ersatz für die "Verdienstauffälle" zu zusichern (und dies auch schon vor dem folgenschweren Brief nach Den Haag).

Suharto mußte also nicht Konsumverzicht üben, sondern machte einen politischen Schachzug, der im Vorfeld der Parlamentswahlen nicht nur die Größe der Regierung demonstrieren, sondern auch nationale Gefühle neu beleben sollte. "Indonesien ist es gelungen, Holland auf die Anklagebank zu setzen, was wirklich außerordentlich ist", kommentierte ein niederländischer Professor für Internationales Recht folgerichtig. "Die Greueltaten von Ost-Timor und andere Menschenrechtsverletzungen werden so in den Hintergrund gedrängt ... Jakarta hat erfolgreich nach einem Sündenbock gesucht!" Als Pseudotat wertet der indonesische Soziologe Arief Budiman das Auflehnen gegen die Niederlande. "Dieses Mal gibt sich Indonesien wirklich schlau. Auf den ersten Blick scheinen wir ja gewonnen zu haben ... Aber sollten wir es mit unseren nationalistischen Prinzipien ehrlich meinen, dürften wir nicht bei den Holländern stehenbleiben. Seid doch wirklich mutig", fordert er seine Regierung auf, "und behandelt auch Japan und die USA in gleichem Sinne!" Davor wird Suharto sich zwar hüten, doch hat er mit der kalten Schulter, die er den Holländern zeigte, auch die anderen Geldgeber davor gewarnt, zu sehr die Menschenrechtssituation in Indonesien zu betonen. Schließlich sind sie als Geber genauso gut auch die Empfänger und profitieren nicht weniger vom Entwicklungshilfe-Spiel als die Schuldnerländer.

Schließlich ist man in Jakarta und auch in Kuala Lumpur und Singapur nicht gewillt, sich "westliche Demokratiestandards" einfach aufzwingen zu lassen und damit die eigenen Staatsformen in Frage zu stellen. Diese basieren auf islamischem, konfuzianischen oder Pancasila-Gedankengut und legen mehr Wert auf Autoritätsgläubigkeit, staatlichen Konsens und Gemeinschaftsgefühl im Gegensatz zum westlichen Individualismus. Daraus resultiert auch eine "eigene" Definition in der Frage der Menschenrechte.



Linking aid and human rights

Pronk is listening but is IGGI?

Minister Pronk sucht Gespräch mit Menschenrechtsgruppe

aus: II No. 23 (1990), Titelseite

die USA, Frankreich, die Niederlande und Deutschland auf der bilateralen Seite. 4,7 Mrd. Dollar wurden Indonesien 1991/92 an Krediten mit günstigen Konditionen gewährt.

Niederländischer Minister übt Kritik

Den IGGI-Vorsitz hatte die ehemalige Kolonialmacht inne – zuletzt in Person des niederländischen Ministers für Entwicklung und Zusammenarbeit Jan Pronk. Dieser Sozialdemokrat, der mit großer Unterstützung des Parlaments die Menschenrechtssituation in Indonesien häufig kritisiert hatte, war Hauptziel der indonesischen Attacken. Ihm sollte eindeutig eine Lehre erteilt werden. Pronk benehme sich, so die indonesische Presse, wie ein ehemaliger Kolonialin-

Proteste bei Konsortiumsgründung

Als sich am 16./17. Juli in Paris ein neuer Geldgeber-Club zu Indonesien gründete, geschah dies nicht ganz unbemerkt von der Öffentlichkeit. Mehrere hundert Demonstranten aus Frankreich, Holland und Portugal, darunter zahlreiche Ost-Timoren, erinnerten vor der Indonesischen Botschaft und dem Sitzungsgebäude an das Massaker von Dili. Untermalt von einem bunten Kulturprogramm wiederholten sie die Forderung an die reichen Industrienationen, ihre Kredite von der Beachtung der Menschenrechte abhängig zu machen und wiesen darauf hin, daß das Militär mit Hilfe der ausländischen Unterstützung in einigen Teilen Indonesiens unschuldige Menschen ermorde.

Im Sitzungsgebäude selbst durften die Menschenrechte nicht im Weg stehen: Lediglich die US Delegation verlas, auf Druck des Amerikanischen Kongresses, eine Erklärung, in der die Aufklärung des Dili Massakers und die Gerichtsprozesse kritisiert wurden. Ansonsten wurde das Menschenrechtsthema auf die Korridore verwiesen, wo übrigens auch Ruud Lubbers, der Niederländische Premier mit Finanzminister Rudi Pradiyo ein Stelldichein hatte. Einlaß hingegen hatten eine Reihe neuer Geldgeber gefunden: Südkorea, der Saudiarabische Entwicklungsfonds, der Kuwait Fonds für Arabische Wirtschaftsentwicklung, die Islamische Entwicklungsbank und die Nordic Investment Bank. Diese allein konnten zwar den Verlust der Niederlande nicht wettmachen, doch dafür sprangen andere in die Bresche: Mehrere Länder boten Indonesien im Vergleich zum Vorjahr fast doppelt so hohe Kredite an. Neben Australien, Frankreich und der Schweiz war dies auch die Bundesrepu-

blik Deutschland, die sich mit ihrem Kredit von 135 Mio Dollar hinter Japan und Frankreich an die dritte Stelle der bilateralen Geldgeber geschoben hat. Zwar werden auch im Entwicklungshilfeministerium von Carl-Dietrich Spranger hehre Maßstäbe an die Menschenrechte in den Empfängerländern gesetzt, doch scheint man dies in Bonn nicht so genauzunehmen, wenn es um lukrative Geschäfte geht. Nach einem Bericht der "Süddeutschen Zeitung" soll Indonesien glückliche Empfängerin des größten Teils noch nicht verschrotteter Schiffe aus der früheren DDR-Volksmarine werden. 14 Landungs-, 9 Minensuch- und 16 Schnellboote sollen an den Inselstaat verkauft werden. Im Verteidigungsministerium wird damit argumentiert, die Abgabe von Schiffen sei unproblematisch, weil Indonesien kein Krisengebiet sei, eine Einschätzung, die auch von den Vereinten Nationen geteilt werde.

Die wirklichen Verlierer

Knapp ein halbes Jahr nach dem ungewöhnlichen Schritt gegen die Holländer steht Suharto in Siegerpose. Die Wahlen sind für die Regierungspartei GOLKAR gewonnen, der neue Pariser Club hat unter Vorsitz der Weltbank eine im Vergleich zum Vorjahr höhere Kreditsumme gewährt. Zumindest der Handel mit den Niederlanden geht seine normalen Wege. Trotzdem hat Indonesien in dem Jahr, in dem die Geschichte des Kolonialismus in aller Munde ist, bewiesen, daß seine ehemalige Kolonialmacht im Lande nicht mehr viel zu sagen hat. Nicht bei der Regierung jedenfalls. Den wirklichen materiellen Verlust erlitten – und damit offenbart sich letztlich die ganze politische Klugheit dieses Schachzugs – haben genau jene, die es sich zum Ziel gesetzt

haben, auf Mißstände in der indonesischen Gesellschaft hinzuweisen und ihren Beitrag zu deren Beseitigung zu leisten: die NGOs. Es wurde nämlich zusätzlich festgelegt, daß auch die z.T. staatlichen Gelder privater niederländischer Sponsoren-Organisationen, wie NOVIB, HIVOS oder ICCO, nicht mehr nach Indonesien fließen dürfen. Dies hatte zur Folge, daß eine Reihe holländischer Experten das Land unmittelbar verlassen mußten.



Unterstützung gestrichen – Von HIVOS finanziertes Fischereiprojekt auf Lombok

Foto: Archiv

Für zahlreiche NGOs bedeutet dies, daß sie aufgrund der großen niederländischen Unterstützung in ihrer Existenz bedroht sind. Als Beispiel sei nur die bekannte Rechtshilfeorganisation LBH erwähnt, die im ganzen Lande Zweigstellen unterhält und in zahlreichen Landkonflikten zugunsten der Betroffenen von sich reden machte. LBH erhielt 80% der Gelder aus Holland. Den Rest teilen sich USAID sowie die Friedrich Ebert- und die Friedrich Naumann-Stiftung aus Deutschland. Mit dem Entzug der Gelder erhofft sich die indonesische Regierung, gerade solche Gruppen mundtot zu machen, die zu sehr "von westlichen Werten" bezüglich Demokratie und Menschenrechten beeinflusst werden. "Dies müssen wir zurechtrücken", meinte dazu General Sutrisno, der Chef der Streitkräfte.

Vom Geschick der NGOs, auf die neuen Rahmenbedingungen schnell zu reagieren, sich nach Sponsoren in anderen Ländern umzusehen oder sich finanziell vom Ausland unabhängiger zu machen, und von der Bereitschaft der Weltöffentlichkeit, vertreten durch die US-Regierung, die EG, Japan und andere, härtere Konsequenzen aus den Menschenrechtsverletzungen in Indonesien zu ziehen, wird es abhängen, ob Sutrisno dies gelingt.

Erika Jung

Quellen:

Economist vom 4.4.1992, *Editor* vom 2.4.1992, S.25, *FEER* v. 14.5.1992 S.20, Rüdiger Siebert: *5 Mal Indonesien*, München 1987, S.321, *Süddeutsche Zeitung* vom 24.7.1992, *Tapol* No.111, Juni 1992, S.1ff und No.112, August 1991, S.21, *Tempo* vom 25.7.1992, S.31 und 88

IGGI-Unterstützung für Indonesien 1991/1992

	Geldgeber	Mio. US-Dollar	in %
1	Weltbank	1.630,0	34,3
2	Japan	1.320,0	27,8
3	Asiatische Entwicklungsbank	1.100,0	23,1
4	USA	133,2	2,8
5	Frankreich	111,6	2,3
6	Niederlande	91,3	1,9
7	Bundesrepublik Deutschland	76,2	1,6
8	UNDP	70,5	1,5
9	Kanada	40,3	0,8
10	Australien	39,8	0,8
11	Großbritannien	29,9	0,6
12	IFAD	24,0	0,5
13	EG	23,3	0,5
14	UNICEF	16,0	0,3
15	Schweiz	15,2	0,3
16	Belgien	13,7	0,3
17	Spanien	10,0	0,2
18	Österreich	8,0	0,2
19	Neuseeland	2,1	0,04
	Summe	4.755,1	100,0